"Rauf mit den Löhnen - Runter mit der Miete!"

Klaus Linder

24. Januar 2014

Erfahrungen der DKP im Berliner Mieterwiderstand gegen den Ausstieg aus dem Sozialen Wohnungsbau

Das Geschäft mit der Mietwohnung ist grausam für jene, die auf ihren Gebrauchswert angewiesen sind, ohne damit Handel zu treiben. Gerade auch in der Immobilien- und Wohnungsfrage erweist sich der Staat als Auftragsempfänger der Kapitalseite. So trat am 1. Mai das Mietrechtsänderungsgesetz in Kraft, das Immobilieninvestoren die Handhabe gibt, Mieter schnell und vereinfacht loszuwerden. In Ländern, in denen die Arbeiterklasse in großem Maßstab in "Eigentum" gezwungen wurde, wie USA oder Spanien, ist das Ausmaß von Zwangsräumungen katastrophal - nur dass dort keine Mietwohnungen mehr zur Verfügung stehen, in die die Exmittierten ausweichen könnten. Deshalb ist für den Erhalt und den Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen in angemessener städtischer Lage zu kämpfen. Dieses Ziel zu erreichen ist eine Aufgabe im Klassenkampf, das nur im breiten Bündnis, bei Zunahme kollektiven Widerstands erreicht werden kann.

Wohnungs- und Mietenpolitik heißt für KommunistInnen, sich mit dem Ziel der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise auf die Kämpfe der Arbeiterklasse um Erhalt und Verbesserung ihrer Reproduktionsbedingungen einzulassen. Eigentlich hätte ich sagen sollen "die Arbeiterklasse und die ihr verbündeten Schichten". Aber dieses Bündnis können wir nicht als gegeben voraussetzen - weder im Bewusstsein des "kleinen Bürgertums", noch auch im Bewusstsein der Lohnabhängigen und der Erwerbslosen, die auch heute von der Wohnungsnot am grausamsten betroffen sind. Wo es zustande kommt, dürfen wir nicht vergessen, dass zwischen Kleinbürgertum und Arbeiterklasse keine Identität der Interessen besteht. Selbst als "prekarisiertes" weist das Kleinbürgertum Reaktionsweisen auf, die sich im Fortgang der Kämpfe in praktischen und ideologischen Rückschritten auswirken können. Dem ist vorzubauen, ohne das solidarische Bündnis zu opfern.

Friedrich Engels konstatierte in seiner Schrift "Zur Wohnungsfrage", dass das Betroffensein von Wohnungsnot "der Arbeiterklasse nicht eigentümlich" ist. Im Gegenteil: das Mitbetroffensein des Kleinbürgertums ist für sie charakteristisch (MEW 18/213 ff.):

Das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter ist ein Warentausch. Es entspricht nicht dem Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapitalist und Lohnarbeitern. Verkauf und Vermietung der Ware Wohnung gehören in den Prozess der Zirkulation des Kapitals, in dem kein Wert, mithin kein Mehrwert, geschaffen wird. Das unterscheidet den Kampf um das Dach über dem Kopf vom Kampf um die Bedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft. Beides miteinander zu verbinden, ist unsere Aufgabe. Es gilt der Satz des Kommunistischen Manifests: "Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendigt, dass er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw." (MEW 4/169).

Der gemischte Klassencharakter vieler Mieterbündnisse zeigt sich schnell, wenn wir die Arbeit in Initiativen aufnehmen. Kollektive Interessen konturieren sich deutlicher, wo eine ganze Siedlung vom Rausschmiss bedroht und es überwiegend Arbeiterklasse ist, die sich wehrt. Das ist in Berlin z. B. bei der Abwicklung von Siedlungen des "Sozialen

Wohnungsbaus" der Fall. Anhand eines solchen Beispiels – Kottbusser Tor - möchte ich über unsere praktischen und theoretischen Gehversuche in Sachen Berliner Mietenkämpfe berichten.

Die de-industrialisierte Hauptstadt wurde infolge langjähriger Privatisierungspolitik ein Versuchslabor zur Enteignung öffentlichen Eigentums. Das betrifft besonders den kommunalen Wohnungsbestand. Die jüngeren Verbrechen dieser Umverteilungsoffensive wurden von einer rot-roten Koalition ausgeführt.

Mietpreisexplosion und das Überkippen von Wohnungsmangel in Wohnungsnot kündigten sich über Jahre an, während jener Senat den Wohnungsmarkt noch als "entspannt" bezeichnete, den öffentlichen Wohnungsbau einstellte, aus der Sozialwohnungsförderung ausstieg und einen immensen Teil des kommunalen Bestandes an Privatinvestoren verscherbelte. Was den Sozialen Wohnungsbau betrifft - die Zahl dieser Wohnungen ist nun auf 150.000 heruntergeschmolzen - haben wir es mit zwei Fällen zu tun:

1. Die noch nicht komplett aus der Förderung gefallenen Wohnungen leiden unter der degressiv angelegten Subventionierung der horrenden sogenannten Kostenmieten: Der Fördermodus impliziert permanente Mietsteigerungen und staatlich garantierte Renditen, am Ende steht die totale Freigabe der ehemaligen Sozialwohnung.

2. Eine Gruppe von Sozialwohnungen fällt übergangslos und vollständig aus der Förderung - das trifft auf knapp 30.000 Wohnungen zu.

Für die SozialmieterInnen bedeutet beides das gleiche: Sie können die Miete nicht mehr bezahlen, die einen graduell, die anderen von einem Tag auf den anderen.

Meine DKP Ortsgruppe ist im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg aktiv, der bei niedrigsten Durchschnittseinkommen rasanteste Mietsteigerungen aufweist. Unsere mietenpolitische Aktivität begann vor 3 Jahren dort, wo es am grausamsten zuschlug: Wir organisierten eine Protestaktion mit Mieterinnen der Fanny-Hensel-Siedlung, deren Sozialwohnungen damals aus der Anschlussförderung fielen. Das bedeutete etwa 400-prozentige Mietsteigerungen bis zu 18 Euro / qm netto kalt. Selbstverständlich hätte auch eine Mietererhöhung auf ein Drittel dieser Summe für die BewohnerInnen den Auszug bedeutet.

Im Jahr darauf erstellte unsere Gruppe eine mietenpolitische Enthüllungs- und Agitationsbroschüre mit dem Titel "Tatort Friedrichshain-Kreuzberg", die gute Resonanz erfuhr. 2011 war Mietenpolitik bereits ein Schwerpunkt im Wahlkampf der Berliner DKP zu den Abgeordnetenhauswahlen.

Die wohnungspolitische Situation hatte sich stadtweit zugespitzt, in ganz Berlin bildeten sich Initiativen gegen die Geschäftemacherei mit dem Wohnraum, gegen Verdrängung und Vertreibung. Deren Formen sind vielfältig - und ebenso die Angriffspunkte der Teilkämpfe: Unbezahlbare "Sozialmieten", Privatisierungen kommunaler Bestände, Luxussanierungen – oft öko-energetisch verkleidet –, Abriss, Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, Entmietung, Ausstieg aus staatlichem Wohnungsbau, Zwangsumzüge, Spekulation, Leerstand. Gerade die Vielförmigkeit an der Oberfläche ist dem Senat willkommen, um aufkommende Kämpfe zu spalten. Der Zersplitterung entgegenzuarbeiten war und ist eine unserer stadtpolitischen Hauptaufgaben. Damit stellt sich die Notwendigkeit, den Gegner zu bestimmen und Einigkeit darüber zu schaffen, gegen wen und mit wem der Widerstand zu

führen ist. Das ist umso wesentlicher, als der Kampf an zweifacher Front, gegen Kapital und Staat läuft.

Im Herbst 2011 kam es zu einer zentralen Mietendemonstration mit über 6000 Teilnehmern - was für Berliner Verhältnisse nicht überschätzt werden sollte. Dort hatten wir es zunächst mit Fahnenverboten für Parteien zu tun. Gemeint war unsere Partei, denn die Partei Die Linke stand als Senatspartei auf der anderen Seite. Sogar rote Fahnen ohne Aufdruck, wie wir sie brachten, wollten einige Organisatoren entfernen**.** Doch schon kurz darauf organisierten wir die nächste größere Mieten-Kundgebung mit, traten offen als KommunistInnen auf und hielten einen Redebeitrag zur Privatisierung der "Treuhand" (TLG).

Die eigentliche Arbeit ist schwieriger. Die Verschiedenheit der Angriffe auf Mieterinnen und Mieter macht Zusatzarbeit nötig, um einen Einblick zu bekommen - sowohl in die Probleme, als auch in die Strategien der Gegner. Forderungen müssen entwickelt und geprüft, eigener Dilettantismus in der Sache überwunden werden.

Der Schritt auf den öffentlichen Platz

Ende Mai 2012 besetzten die MieterInnen am südlichen Kottbusser Tor den Platz vor ihren Hochhausblöcken, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können. Etwa drei Viertel der BewohnerInnen haben hier türkische Wurzeln. Ihr Protestcamp nennen sie "Gecekondu" - das heißt: "Über Nacht erbautes Haus" - und erinnern damit an die eigenmächtige Besiedelung gefährdeter Grundstücke in der Heimat, vor allem in Istanbul. Wir unterstützten diesen Protest von Anfang an aktiv. Die Besetzung dauert bis heute an. Der Senat blockiert eine Lösung des Problems, wagte aber bisher nicht offen anzugreifen.

Die rund 1000 Wohnungen gehören den privaten Eigentümern Hermes und GSW. Die ehemals kommunale GSW wurde vor zehn Jahren privatisiert. Das heißt: 65.000 landeseigene Wohn- und Gewerbeeinheiten wurden für eine lächerliche Summe an Cerberus-Goldman-Sachs verkauft. Um dieselbe Zeit wurde der Ausstieg aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus beschlossen - ohne Kompensationen für die Mieter. Das bedeutet die Außerkraftsetzung aller wesentlichen Mieterschutzrechte. Derselbe SPD-PdL Senat stimmte dann 2011 dem Börsengang der GSW zu (was allein schon mehr als den lächerlichen Kaufpreis einbrachte). Das wurde nicht etwa mit Eigenkapital des Neueigentümer-Fonds bewerkstelligt. Vor allem die landeseigene Investitionsbank Berlin mobilisierte das nötige Kapital.

Zunächst ging es für dieses "Kotticamp" darum, einen stadtweiten Solidarisierungseffekt mit den Sofortforderungen der bedrohten MieterInnen aufzubauen. Die allgemeine Protestbereitschaft gegen die Profitpolitik der Kommune war groß genug, dass Senat und Bezirk nicht wagten, das Camp zu räumen und gegen die von hier ausorganisierten Mieter-Lärmdemos vorzugehen - von einigen extremen Polizeieinsätzen abgesehen, die schnell zurückgefahren wurden.

Unsere Gruppe unterstützte das Camp in dieser Phase unter anderem durch das Kleben von Wandzeitungen. Da der Senat versuchte, den Angriff gegen diese Siedlung als Sonderproblem hinzustellen, ging unsere Agitation hiergegen an. Wir stellten heraus, dass der Protest für sämtliche MieterInnen der Stadt Berlin geführt wird, ohne Unterschied, ob Sozialmieter oder nicht**.** Außerdem kam es darauf an, die Sofortforderungen der bedrohten MieterInnen gegen jede Aufweichung durch Senat und Eigentümer zu verteidigen.

Tag- und Nachtschichten mussten geschoben, Gebrauchsgegenstände und Lebensmittel gespendet werden. Die Unterstützung aus der Bevölkerung war vielfältig. Wir übernahmen**,** nicht formierend, sondern begleitend, eine aktive Rolle, ebenso bei den samstäglichen Lärmdemos. Diese wurden ein Kristallisationspunkt der Berliner Mietenproteste überhaupt. Unser Slogan "Rauf mit den Löhnen - Runter mit der Miete" wurde schnell übernommen. Allerdings stellte sich das Problem, dass Mobilisierungen, trotz Solidarität bis in die bürgerliche Presse, langfristig schwer über den Aktivistenkreis der "MieterInnenbewegung" im engeren Sinne hinauskommen.

Wir selber kamen rasch an den Punkt, wo klar wurde, dass ein weiteresVerschmelzen mit dem Protest uns eine gründliche Klärung über die Wohnungsfrage, ihre ökonomisch-politischen Voraussetzungen und die Kampfbedingungen abverlangt.

Im Protest-Gecekondu war vorrangig, bei der Basis jener Mieterinnen und Mieter zu stehen, die zum Teil noch nie im Leben an einer Demonstration teilgenommen hatten, und nun, bedrängt von Jobcentern, Senat, börsennotierten Immoblienkonzernen und Banken auf der Straße überlebensnotwendige Sofortmaßnahmen einforderten. Wir sahen eine Hauptaufgabe darin, diese Forderungen vor Aufweichungund Spaltung zu schützen. Nicht ohne Vorbehalte, weil sie stark von in sich widersprüchlichen Illusionen in den Staat geprägt sind, was sich auch darin äußerte, dass die Mobilisierung in den angrenzenden Wohnblöcken nicht zügig vorangetrieben wurde und Ansätze zur Bildung eigener Mieterräte nicht erfolgten.

Es sind wesentlich 3 Sofortforderungen, die die Bewohner der Siedlung stellten - undheute noch stellen müssen:

1. Vorläufige Wiedereinführung einer Kappungsgrenze von 4,- Euro / qm

2. Stop aller Kostensenkungsaufforderungen durch die Jobcenter, sowie volle Übernahme der tatsächlichen Mietkosten durch diese

3. Stop aller Zwangsumzüge und auch Inkasso-Betreibungen

Im Kern zielen sie auf Interventionen des Staates.

Die Forderungen richten sich an den tatsächlichen Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse aus. Wir unterstützen sie, allerdings mit unerlässlichen Präzisierungen**.**

Hintergründe der Forderungen

Eine kurze Erläuterung der Hintergründe mag verdeutlichen, wie umfassend die Offensive des Kapitals gegen die Wohn- und Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit ist. Von daher sind die Forderungen bescheiden, bleiben aber meines Erachtens die harte Spitze des Protests am "Kotti".

Bei den Zwangsumzügen müssen wir den wichtigen Zusatz machen, dass diejenigen, die das fordern, bereit sein müssen, Massenblockaden von Zwangsräumungen zu organisieren und

daran teilzunehmen, statt vom Senat einfach zu erwarten, dass er damit aufhört. Das ist von den wenig kampferprobten Protestierenden am Kotti bereits viel verlangt.

Was die Frage der Kostensenkungsaufforderungen und die volle Übernahme durch die Jobcenter betrifft, führt sie in unlösbare Widersprüche der kapitalistischen Wohnungsversorgung. Sie führt vor Augen, dass der Kampf um die Verbesserung proletarischer Lebensbedingungen in eine Mitverwaltung des Elends verkehrt werden kann, wenn er außer ökonomischen nicht auch politische Formen annimmt. Ich hole an diesem Punkt etwas weiter aus:

In der imperialistischen Gesellschaftsformation insbesondere der BRD seit dem II. Weltkrieg wird die Reproduktion der Arbeiterklasse in hohem Maße durch staatliche sogenannte Transferleistungen geregelt. Für die Arbeiterklasse sind die Reproduktionskosten nicht durch die Löhne gedeckt. Ihre Wohnungsversorgung ist ein Beispiel dafür. Es gibt ohne Eingriff des Staates und zumindest rudimentäre Planung unter monopolkapitalistischen Bedingungen keinen Wohnungsneubau, der für die abhängigen Schichten bezahlbar wäre, und auch in Altbauten waren und sind, über Beschneidung des Zinses, staatliche Mietpreiskontrollen notwendig, wenn sie der Arbeiterklasse zugänglich bleiben sollen. Wohnungsbau für die Arbeiterklasse existiert im Imperialismus nicht, wo der Staat nicht einschreitet, und wenn er es tut, wird er nicht sozialistisch, selbst wenn Zwangsmaßnahmen und Einschränkungen der bürgerlichen Privatautonomie zur Anwendung kommen. Zwar sind solche Interventionen auch Konzessionen an die Arbeiterklasse, aber sie sind in erster Linie Profitgarantie für die Bourgeoisie.

Die Verwertungsbedingungen des Kapitals schließen die Masse der Arbeitenden und Erwerbslosen aus dem Wohnungsmarkt aus, da die marktüblichen Produktionskosten und die Kapitalverzinsung eine Höhe erreichen, die sich angesichts der meisten Einkommen nicht auf die Mieten abwälzen lässt, unabhängig davon, ob es sich um "freifinanzierten" oder "geförderten" Wohnungsbau handelt.

Durch welches Geflecht von Subventionen und Transferleistungen der bundesdeutsche Staat hier eine Scheinlösung zum vorgeblichen Nutzen der Lohnabhängigen im geförderten Wohnungsbau vorgaukelte, ist bekannt. Ausstieg, Liberalisierung waren von Anfang an darin angelegt. Die verschleiernde Verwaltungssprache unterscheidet zwischen Objektförderung und Subjektförderung - je nachdem ob z.B. der Hausbau oder die lohnabhängigen Mieter staatliche Zuwendung erhalten. In Wirklichkeit sind die Objekte und Subjekte, die hier gefördert oder nicht gefördert werden, die beiden einander entgegengesetzten Hauptklassen. Zum Beispiel das Wohngeld hat keinen anderen Sinn, als die Mietzinserwartung hochzuhalten, den Erhöhungsspielraum des Eigentümers zu erweitern und Löhne nach unten zu drücken. Bezahlt wird das aus den von der Arbeiterklasse erwirtschafteten Fonds.

Nun also zur Forderung nach voller Übernahme der tatsächlichen Mietkosten durch die Jobcenter**:**

Auch wenn die Mieten im "Sozialen Wohnungsbau" den Durchschnittswerten des Mietspiegels entsprächen - was sie nicht tun, sie liegen darüber -, wären sie für Bezieher von "Grundsicherung" und ALG II unerschwinglich. Die Richtlinie der "Kosten der Unterkunft" (Wohnaufwendungenverordnung) liegt in Berlin um 50 Cent / qm oder mehr unter dem aktuellen Mietspiegeldurchschnitt. Auch uns ist bewusst, dass eine Anhebung der Richtsätze ein kurzfristiger Tropfen auf den heißen Stein ist, wenn nicht die Mieten eingefroren werden. Aber die Forderung ist eine Ansage an den Senat, die von der Bevölkerungsmehrheit

nachvollzogen werden kann. Sie zeigt auf: Die uneinholbare Differenz zwischen den niedrigsten Mieten und den höchsten "Transferleistungen" ist politisch gewollt. Es geht, bis auf ein Kontingent an Billigjobbern, Dienstleistern und einiger Fachkräfte, um die Aussiedlung der Arbeiterklasse aus den Wohnbezirken der Innenstadt. Äußerlich wirkt es, als würde der Staat durch ineinandergreifende Steuerungsinstrumente wie örtliche Vergleichsmiete und Transferleistungen deren Lebensbedingungen aufrechterhalten. Doch die Instrumente sind so aufeinander abgestimmt, dass Zwangsumzüge zunehmen müssen. Wir berühren einen Kardinalpunkt der kommunal- und mietenpolitischen Bündnisarbeit, nämlich die Aufgabe, die immer noch verbreiteten Illusionen in die gemeinnützige Zielsetzung des kapitalistischen Staates zu erschüttern. Wir müssen seinen Klassencharakter anhand konkreter Erfahrungen und Beispiele offenlegen, aber seinen Restanspruch auf Gemeinnützigkeit beim Wort nehmen, um ihn unter Druck zu setzen.

Nun zur ersten der drei Forderungen: "Wir fordern die sofortige vorläufige Wiedereinsetzung einer Kappungsgrenze von 4 Euro pro qm".

Wir wissen alle, dass das Subventionssystem des westdeutschen "Sozialen Wohnungsbaus" ein Umverteilungsprogramm von öffentlichem Vermögen in die privaten Kassen von Bankenkapital und Produktionskapital ist. Auch Handelskapital, das die vorhandenen Sozialwohnungen kauft und verkauft, kommt dabei nicht zu kurz. Die Eigentümer kriegen auf die "Kostenmieten" - Zinsgewinne (mit Renditegarantie), dazu Bewirtschaftungskosten und Abschreibung - etliche direkte und indirekte Subventionen, die abhängig Beschäftigten zahlen das aus Löhnen über Mieten und Steuern. Im staatlich geförderten Wohnungsbau betrugen schon Anfang der 70er Jahre die Kostenmieten 13 bis sogar 22 DM pro qm - heute ähnliche Spannen in Euro. Die Bewilligungsmieten der lohnabhängigen Mieter sind ein kleiner Teil dessen - eben bis zur "Kappungsgrenze". Die Differenz darüber zahlt der Staat - wodurch Privateigentümern und Banken satte Gewinne über Jahrzehnte garantiert werden.

In unserer "problematischen Großraumsiedlung" am Kottbussser Tor gab es bis 2011 eine Kappungsgrenze. Die war schon auf 5,35 Euro gestiegen. Damit hatten gravierende Probleme für die MieterInnen eingesetzt. Ende 2011 wurde sie beseitigt. Zugleich waren die Betriebskosten bei der GSW explodiert. Dies vorausgesetzt, ist die geforderte Deckelung bei 4 Euro ein Versuch der bedrohten Mieter, das Verhältnis von Mietaufkommen und Einkommen anhand der tatsächlichen Revenuen der Arbeiterklasse in dieser Siedlung zu bestimmen, jedenfalls in einem gegebenen Moment. Die DKP Berlin ist sich der Pferdefüße, die in einer so formulierten Forderung stecken, bewusst. Wir fordern keine "Kappungsgrenze" - der Begriff impliziert die Weiterführung des alten Subventionssystems privater Kapitalisten - hier sogar einer Renditegarantie für die Dividendenausschüttung der GSW. Mietstop kann nur erreicht werden, wenn die Revenuen der Bourgeoisie direkt, und zwar massiv, angetastet werden. Auch ist uns die Problematik absolut festgelegter Quadratmetermietpreise bewusst. Aber die Forderung zielt weiter: Es ist die nach einer verbindlichen Mietobergrenze. Dass Mieterinnen und Mieter auf der Straße durchhalten, um eine solche zu erkämpfen, ist ein Fortschritt - trotz Einbrüchen und Illusionen, die in solchem Dauerprotest auch zu erwarten sind. Es sind die genannten drei Forderungen, die dafür sorgen, dass der Kriegszustand mit dem Senat, der sie nicht erfüllen kann und nicht erfüllen will, unverändert fortbesteht. Denn die MieterInnen zielen damit auf das, was notwendig ansteht, von diesem Klassenstaat aber nicht mehr gewährleistet wird: Ein neuer Sozialer Wohnungsbau mit Mietpreis- und Belegungsbindung. Das ist ein Kampf für genuine Interessen der Arbeiterklasse und der *kann* nur von der DKP unterstützt werden.

Der Gang ins Abgeordnetenhaus

Ich muss allerdings berichten, dass es auch eine vierte Forderung gab, die die DKP nicht unterstützte. Mit ihrer Erfüllung spielte die weitere Entwicklung am Kottbusser Tor zunächst dem Senat in die Hände. Es war die Forderung, mit Vertretern des Senats *und* des Protestcamps im Berliner Abgeordnetenhaus eine Konferenz zur "Zukunft des sozialen Wohnungsbaus" durchzuführen. Mangels Druckmitteln war klar, dass dort nichts beschlossen werden würde - und wenn, dann ohne den *jetzt* vertriebenen Mietern zu nützen. Die Gelegenheit zur Neutralisierung und Schwächung der Durchsetzungskraft des Protests wurde von Senatoren und Staatssekretären umgehend aufgegriffen. Mit Annahme dieser einen Forderung konnte die Frage akademisiert, ein Pseudo-Dialog inszeniert und zugleich konnten alle nötigen Sofortmaßnahmen gegen den Fortgang der Vertreibung ausgeblendet werden. So geschah es.

Das langjährige Verhältnis zum Staat als Vermieter, das bis zur Privatisierung bestand, begünstigte offenbar den strategischen Fehler, dass der Senat nur ökonomisch - als Eigentümer, Gläubiger oder Finanzier angegangen wurde. Man glaubte, das Problem sei lösbar durch das Referat alternativer Refinanzierungsmodelle für den Sozialen Wohnungsbau. Das rief einen Schwarm selbsternannter "Experten" ins Abgeordnetenhaus, die sich auf der Konferenz mit systemkonformen Lösungsmodellen überboten (und auch gegenseitig widersprachen), während die migrantischen Mieterinnen im Hintergrund Tee reichten. Vertreter des Protestbündnisses meldeten jetzt den Anspruch einer gesamtkapitalistischen Rationalität in der Wohnungsfrage an, als hätten sie die besseren Kalkulationen dafür in der Tasche. Infolge des "ökonomistischen" Herangehens an den Senat wurde die Mietenfrage in eine Haushaltsfrage verwandelt, Immobilien- und Finanzkonzerne blieben vor politischen Angriffen abgeschirmt. Grundsätzliche Kritik am Kapitalverwertungsmodell Sozialer Wohnungsbau konnte nicht vorgebracht werden. Das ging dann bis zu Vorschlägen, wie man durch geschicktere Umfinanzierung des Wohnungswesens am teuren Hartz IV wieder einsparen könne.

Die Konzepte der Mieter-"Experten" liefen sämtlich auf eine Begünstigung der profitierenden Eigentümer hinaus: Sei es, dass Zinssenkung für aufgenommenes Fremdkapital oder eine Art Schuldenschnitt für die Eigentümergesellschaften, sei es, dass Fortführung und Streckung der aktuellen Fördermodalitäten als Mittel der Mietsenkung angepriesen wurden. Einerseits bezichtigte man die kreditgebende landeseigene Investitionsbank und mit ihr den Senat, der eigentliche Mietpreistreiber am Kotti zu sein und nahm damit die Profite der GSW aus der Schusslinie, andererseits lief das vorgetragene "Kommunalisierungs-Modell" darauf hinaus, einen Fonds einzurichten, der dann eben doch wieder die Rolle einer kapitalistischen Staats-Bank einnähme. Das Ergebnis solcher Konstruktionen ist, die sich aufdrängende politische Konsequenz der Enteignung der Profiteure und die Herauslösung der Wohnungen aus dem Verwertungszusammenhang, ihre Übertragung an die Mieterschaft, abzuschmettern. Dass das hier im Namen der Mieterbewegung geschah, darf durchaus als Verrat bezeichnet werden. Auch wurde ein Rekommunalisierungsmodell gefordert, das den Sozialen Wohnungsbau wieder etwa so finanzieren (=subventionieren) sollte wie nach dem II. Weltkrieg, also in der Re-Konsolidierungsphase des deutschen Monopolkapitals. Nur sollten diesmal nicht die US-Gelder des Marshallplans, sondern die der EU zur Finanzierung herangezogen werden. Die wurde als dauerhaft sprudelnder Quell "gerecht" niedrig verzinster Kredite eingeschätzt, wodurch die deutschen Mieten wieder bezahlbar würden. Und das in der Stunde, da der deutsche Imperialismus über das Instrument EU in deren unterlegenen Volkswirtschaften das

genaue Gegenteil praktiziert. Auch wurde unterstellt, dass die seinerzeit in private Kassen umverteilten Marshallplan-Gelder (ERP Sondervermögen) an den Staat damals "wieder zurückgeflossen" seien, der entsprechende Fonds also "revolviert" hätte. Mit den Zauberworten "Sondervermögen" und "revolvierende Fonds" sollte sich das Problem vorbei an der bestehenden Austeritätspolitik, vorbei an Schuldenbremse und Haushaltssperren "lösen", ohne zuvor deren politische Beseitigung in Angriff zu nehmen.

Die Staatsvertreter schmetterten alles mit dem Argument leerer Haushaltskassen ab, nutzten die Gelegenheit, um die drei oben genannten Sofortforderungen vom Tisch zu wischen und bedankten sich über diese "schöne Tagung auf Augenhöhe". Für das Kottbusser Tor hieß das Ergebnis: Ankündigung einer Mieterhöhung auf 5,50 Euro. Da man versprach, in den nächsten Monaten keine weitere Erhöhung folgen zu lassen, was zu nichts verpflichtet, wurde die Erhöhung als Mietbegrenzung verkauft.

Ich habe mich bei diesen Illusionen, die im Namen eines Mieterkampfes von dessen Wortführern an die Adresse der Politik vorgebracht wurden, aufgehalten, um zu zeigen, wie Kämpfe "an die Wand gefahren" werden können. Ich will nicht Reformforderungen als solche diskreditieren, sondern einige Konsequenzen dessen illustrieren, was eingangs angesprochen wurde: Das Nebeneinander eines proletarischen und eines kleinbürgerlichen Klassenstandpunkts in Mieterbündnissen. Im Fall der Schwäche des proletarischen, oder durch unser Unvermögen, ihn durch gezielte Interessenvertretung zu stärken, gewinnen kleinbürgerliche Illusionen Oberwasser. Ein ideologisch unklarer Protest, der nicht die kapitalistischen Verwertungsbedingungen in der Immobilienfrage analysiert und daraus seine Handlungsorientierung ableitet, droht ins Gegenteil umzuschlagen und solch haltlose "Expertisen" hervorzubringen.

Interessenvertretung über den Kapitalismus hinaus

Wenn ich nun bezogen auf unsere Wohnungsfrage in einem Satz sagen sollte, was die falschen Prämissen des kleinbürgerlichen Standpunktes ausmacht, dann so: Sie alle laufen darauf hinaus, die Miete als eine Form des Betrugs, als Unrechtmäßigkeit der subjektiven Willkür also, und nicht aus ökonomischen Gesetzmäßigkeiten zu erklären. Für die scheinbar vermeidbaren "Auswüchse", die dann als Störung eines normalen Marktes gesehen werden, gibt es einen bunten Strauß von Namen: Raffgierige Spekulanten, mafiöse Strukturen, willkürlich überhöhte Preise, Filz, neoliberales laisser-faire, fiktive Kostenabrechnungen, doppelte Abschreibungen, Wucher, mehrfache Überschreitung des Kostpreises, kriminelles Abgreifen von Steuergeldern und vieles mehr. Kein Zweifel: All diese unschönen Dinge bestehen im Erscheinungsbild des Kapitalismus, so heterogen sie untereinander auch sind. Aber das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise treffen sie im Einzelnen nicht. In Engels' Schrift von 1872 wurde ein Modell solcher "Betrugs"-theorien als Proudhonismus analysiert. Für den Proudhonismus gibt es moderne Äquivalente - wir haben die Aufgabe, sie zu durchschauen.

Wir Kommunisten sollten bei stadtpolitischen Kämpfen, in denen die Arbeiterklasse in Erscheinung tritt und Forderungen artikuliert, verlässliche Interessensvertretungspolitik erarbeiten. Das setzt, so banal es klingt, Kenntnis der Interessen voraus - und um zu zeigen, dass wir in Stadt- und Wohnungspolitik erst einmal "Durchblick" gewinnen müssen, habe ich mich an Einzelheiten des Kampfes am Kotti aufgehalten. Diese Interessen - gerade auch im Hinblick auf das Machbare - richtig entschlüsseln heißt, das historische Interesse der

Arbeiterklasse an der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise vertreten. Bei aller notwendigen Flexibilität müssen wir auf diesem Punkt bestehen.

Was sind nach Engels die Besonderheiten der Ware Mietwohnung? Erstens, dass der Tauschakt sich über ihre gesamte lange Lebensdauer vollzieht, ohne dass sie in den Besitz des Konsumenten übergeht. Aber die Gesamtdauer wird eben nicht allein durch die stoffliche Existenz der Ware bestimmt, sondern bezeichnet zugleich die Umschlagszeit des darin angelegten Kapitals inklusive Profit. Engels weist nach, dass wir keineswegs mit der Miete nur die Herstellung der Wohnung bezahlen, sondern dass das Geschäft, inklusive Profit, just auf diese lange Umschlagsdauer berechnet ist. Die Ware Wohnung ist auch Kapital im Prozess seiner Zirkulation. Rückfluss und Vermehrung geschieht über den Mietzins. Wir haben es im Fall der Mietwohnung mit zinstragendem Kapital zu tun, das sich durch lange Umschlagsdauern (im Verhältnis zur Produktionsphase) auszeichnet. Heute, wo kaum ein Gebäude ohne finanzkapitalistische Vermittlung auf den Erdball gestellt wird, erhält die Geschäftemacherei mit dem Wohnraum erneut eine extrem mieterfeindliche Wendung. Der Kapitalist legt das Leihkapital produktiv an, der Zins erscheint als Teilhabe am Mehrwert. Mieter aus der Arbeiterklasse, aus der das ganze Mehrprodukt, aus dem da geschöpft wird, herausgepumpt wird, zahlen über die Wohnung jedoch aus ihren Löhnen und Einkommen Zinsen für ein Kapital, das sie niemals produktiv einsetzen können. Ich meine, dass die Konsequenzen aus diesem Widerspruch barbarische Formen annehmen und dass hier ein Punkt angedeutet ist, über den wir bei der Formulierung revolutionärer Reformen in den anstehenden Verteilungskämpfen nicht hinweggehen können, wenn wir nicht in dieselbe sozialpartnerschaftliche Refinanzierungsfalle tappen wollen, die ich anhand der Kotti-Konferenz zu schildern versuchte.

Quelle: Marxistische Blätter 6/2013